

Attacke in Indien

50 Christen bei Sonntagsgottesdienst angegriffen



Rajasthan

Quelle: Wikipedia/ Bernard Gagnon - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5640875>

Fünfzig Christen wurden während eines Sonntagsgottesdienstes am 16. Februar im indischen 70-Millionen-Bundesstaat Rajasthan angegriffen, als eine Gruppe von etwa 200 Personen in das Kirchengebäude in der Stadt Bikaner eindrang.

Mehrere Gottesdienstbesucher wurden mit Eisenstangen geschlagen und verletzt, ausserdem verwüsteten die Angreifer das Kirchengebäude, bevor die Polizei eintraf.

Der jetzt bekannt gewordene Überfall ereignete sich am 16. Februar gegen Ende des Gottesdienstes. Nach einem Bericht der britischen Organisation «Christian Solidarity Worldwide» erlitten drei Gläubige schwere Verletzungen, viele andere

kamen mit Prellungen davon.

Der Pastor der Kirche, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben möchte, erklärte, dass an diesem Tag ein neuer Besucher im Gottesdienst gewesen sei. Dieser sei wenige Minuten vor dem Angriff dabei beobachtet worden, wie er Nachrichten verschickte, und kurz vor dem Eindringen des Mobs aus dem Gebäude geflohen.

Keine Konsequenzen für Angreifer

Als die Polizei am Tatort eintraf, verliessen die Angreifer fluchtartig den Tatort. Die Beamten verhörten die verletzten Christen, beschuldigten sie aber gleichzeitig, Zwangsbekehrungen durchzuführen. Die Kinder des Pastors wurden gewarnt, nicht in die Fussstapfen ihres Vaters zu treten.

Die Behörden begleiteten den Pastor, seine Frau und einige andere Christen zur Polizeistation Mukta Prasad, um die Vorwürfe der Zwangsbekehrung zu untersuchen. Da keine Beweise vorgelegt werden konnten, wurde keine Anklage gegen die Betroffenen erhoben.

Aus Angst vor Repressalien verzichteten die Gemeindemitglieder auf eine offizielle Anzeige. Gegen die Angreifer wurden keine rechtlichen Schritte eingeleitet.

Einschränkendes Gesetz im Anflug

Der Angriff ereignete sich nur wenige Wochen, nachdem das «Rajasthan Prohibition of Unlawful Conversion of Religion Bill 2025», ein Gesetz gegen unerlaubten Religionswechsel, dem Parlament des Bundesstaates vorgelegt worden war. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, müssten Personen, die freiwillig ihre Religion wechseln wollen, dies mindestens 60 Tage im Voraus bei einem Bezirksrichter beantragen.

Jede Konversion, die als erzwungen angesehen wird, würde als Straftat angesehen, bei der ein Angeklagter nicht gegen Kautionsfreilassung freigelassen werden kann, und könnte mit hohen Geldstrafen und bis zu zehn Jahren Gefängnis geahndet werden. Zudem würde die Beweislast auf die Angeklagten verlagert, die ihre Unschuld beweisen müssten.

Wachsende Sorge um religiöse Minderheiten in Indien

Bereits 12 der 28 indischen Bundesstaaten haben [Gesetze gegen Religionswechsel erlassen](#). Der Vorschlag in Rajasthan folgt einem Trend, der auch die Verschärfungen des bestehenden Gesetzes in Uttar Pradesh im Jahr 2024 umfasst. Diese Gesetze wurden vor allem in Bundesstaaten verabschiedet, die von der [hindu-nationalistischen Partei Bharatiya Janata Party \(BJP\)](#) regiert werden.

Nach Angaben der indischen Organisation «United Christian Forum» haben die Übergriffe auf christliche Gemeinden in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen. Die Organisation, die eine Notruf-Hotline betreibt, registrierte im Jahr 2014 insgesamt 127 Vorfälle, im Jahr 2024 waren es bereits 834 Angriffe.

Zum Thema:

[Dossier: Verfolgung.jetzt](#)

[Verfolgungsindex 2017: Zunehmende Christenverfolgung in Indien und Südostasien](#)

[Weltverfolgungsindex 2024: Gewalteskalation gegen Christen erreicht neuen Höhepunkt](#)

Datum: 02.03.2025

Autor: Anugrah Kumar / Daniel Gerber

Quelle: Christian Post / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

[Verfolgung](#)

[Asien](#)